

Anreden,

wir debattieren heute zum wiederholten Male über einen Haushalt während der Corona-Pandemie. Unsere Hoffnungen auf ein Ende der Krise sind verstoben. Die Lage im Land ist schlimmer als je zuvor, die vierte Infektionswelle hat uns mit großer Wucht getroffen. Und die Menschen müssen verblüfft erkennen, das Land ist wieder nicht vorbereitet. Die Politik hat sich das zweite Jahr in Folge Illusionen hingegeben, der nächste Winter werde schon nicht so schlimm. Und in diesem Jahr hätten wir das sogar erreichen können, wenn wir im Sommer die Bevölkerung durchgeimpft hätten wie zum Beispiel in Portugal. Aber die Politik hat sich nicht getraut. Und auch jetzt reagiert sie wieder kopflos. Wieder stehen Lockdowns für alle zur Debatte, selbst Schulschließungen mit all ihren massiven schädlichen Folgen für Kinder und Familien. Mit dieser chaotischen Politik verlieren wir gerade die Gutwilligen, die Verantwortungsbewussten, die alle Zumutungen der letzten anderthalb Jahre hingenommen haben, sich und ihre Kinder haben impfen lassen und jetzt sehen müssen, wie man ihnen das dankt.

Auch Ludwigsburg hat in der Pandemie zum Teil nicht perfekt agiert. Und da spreche ich nicht nur von der hektischen und zu kurzfristigen Absage des Weihnachtsmarktes vorgestern, zu der uns keine rechtliche Vorgabe zwang und die uns möglicherweise zu hohen Entschädigungen verpflichtet. Noch erschreckender fand ich, wie Stadtverwaltung und Mehrheit des Gemeinderats Luftfilter für Schulen und Kindertagesstätten verhindert haben. Sind uns Gesundheit und Bildung unserer Kinder wirklich weniger wichtig als Vorschriften über die europaweite Ausschreibung von Aufträgen oder die Geräuscentwicklung in

Klassenzimmern? Nein, in der Verwaltung müssen wir kreativer sein, mutiger, und dürfen uns nicht hinter Vorschriften und Bedenken verstecken.

Und was sind die Lehren aus der Pandemie für unseren Haushalt? Uns als Stadt hat Corona eigentlich nur jene Aufgabe verdeutlicht, die wir immer schon hatten. Der alte Begriff Daseinsvorsorge passt gut. Eine funktionierende öffentliche Infrastruktur bereitstellen und das Gemeinwesen so sozial gestalten, dass möglichst viele Menschen teilhaben können. Dann sind die Menschen auch bereit, in den kommenden Krisen Lasten zu tragen.

Hier steht für uns als SPD natürlich die Bildung im Vordergrund. Was haben wir als Schulträgerin zu tun?

Trotz unserer massiven finanziellen Probleme müssen wir unsere Schulen ausbauen und in Stand halten. Aber wir sollten zeitweise ein Stück weit von unseren hohen Baustandards abrücken wie einer überobligatorischen Energieeffizienz oder „Cradle to Cradle“. Einfach und zweckmäßig, aber schadstofffrei und haltbar. Auch Sichtbeton kann in einer Schule zumutbar sein. Mit dieser Maßgabe wird die SPD neben dem Schulzentrum West vor allem die versprochenen Vorhaben an der Schubart-Grundschule in Eglosheim und der Oststadtschule an der Danziger Straße verfolgen, die der Haushaltskrise zum Opfer gefallen sind.

Und unsere Schulen müssen modern ausgestattet sein, der digitale Unterricht kommt. Die Hardware habe wir zum Teil schon vor Jahren bereitgestellt, aber an der Nutzung hapert es zum Teil. Das haben wir im Homeschooling gesehen. Vielleicht bleibt uns nichts anderes übrig, als die digitale Fortbildung der Lehrkräfte selbst anzubieten oder den Schulen Mitarbeiter für den technischen Support zur

Verfügung zu stellen.

In der frühkindlichen Bildung gibt es große Probleme. Kinder finden keine Plätze, die Betreuungszeiten werden eingeschränkt. Wir sollten kurzfristig und mit überschaubaren Mitteln eigene neue Einrichtungen bauen und vielleicht weniger private Einrichtungen fördern, die hohe Kosten für Erschließung und Errichtung verursachen. Und dann stellt sich natürlich die Frage nach den Mitarbeitern. Wir müssen bessere Angebote für unser Personal machen, Leitungsfunktionen und Verfügungszeiten ausreichend honorieren.

Das Stichwort Personal führt auch zu einem anderen Thema: Wohnen. Corona hat die Nachfrage nach Wohnfläche erhöht. Nicht nur wegen der Homeoffices. Die Lockdowns haben auch gezeigt, wie wichtig der eigene Garten oder zumindest ein Balkon sind. Daher sind die Preise für Wohnraum weiter gestiegen, bei Eigenheimen noch stärker als bei Mietwohnungen. Nur wenige Erzieher oder Pflegekräfte können zurzeit eine Wohnung in Ludwigsburg bezahlen.

Die SPD ist daher bereit, neue Wohnflächen auszuweisen, auch im Außenbereich, während wir die öffentlichen Grünflächen in der Stadt schon wegen des Klimaschutzes erhalten müssen.

Ferner stellen wir den Antrag, die Quote an Sozialwohnungen für kommerzielle Bauträger auf städtischen Baugrundstücken auf 40 % zu erhöhen. Das ist zumutbar. Einen ähnlichen Anteil preisgedämpfter Wohnungen sollte die städtische Wohnbau anbieten. Und deswegen wehren wir uns auch in diesem Jahr gegen Anträge, sie zur Ausschüttung ihrer Gewinne an die Stadt zu zwingen.

Und wir erinnern an unsere Anträge zu neuen Instrumenten der Wohnbauförderung aus den letzten Jahren. Die SPD hat Ideen geäußert, von der Vergabe von Erbbaurechten über die Gründung einer Wohnbaugenossenschaft, die Einrichtung einer Wohnungstauschbörse und die Anmietung leerstehenden Wohnraums durch die Stadt. Wir warten auf konkrete Vorschläge der Verwaltung.

Der Trend zum Homeoffice führt auch zu Veränderungen in der Infrastruktur. Wichtiger als neue Straßen, die ohnehin nur Probleme schaffen, ist der Ausbau der digitalen Netze geworden. Wir brauchen Glasfaser und 5G. Da sind die Stadtwerke Ludwigsburg-Kornwestheim auf einem sehr guten Weg. Und im Anschluss daran muss die Stadt deutliche Fortschritte machen bei der digitalen Verwaltung für die Bürgerinnen und Bürger.

Corona hat auch gezeigt, wie wichtig der öffentliche Raum für das soziale Leben ist. Zum ersten Mal haben wir alle bemerkt, wie es ist, wenn Geschäfte, Restaurants, Clubs und Kultureinrichtungen geschlossen sind. Dieses Gefühl haben viele Menschen dauerhaft, die es sich finanziell schlicht nicht leisten können, solche Angebote anzunehmen. Die SPD stellt in diesem Zusammenhang einen Antrag zur Ausgestaltung der öffentlichen Flächen. Wie notwendig das ist, zeigt uns der Akademiehof, den wir in jedem Fall als Treffpunkt für junge Menschen erhalten wollen. Aber auch sonst gibt es Verbesserungsbedarf. Nötig sind Sitzgelegenheiten, Spiel- und Sportflächen, aber auch Sanitäreinrichtungen. Mit wenig Mitteln kann die Aufenthaltsqualität für alle deutlich verbessert werden. Das Pop-up-Projekt Karlsruhgarten war ein gutes Beispiel.

Nicht zuletzt das Thema Verkehr. Viele Menschen haben aus Angst vor dem Virus Busse und Bahnen gemieden. Aber zurück zum eigenen Auto darf die

Entwicklung nicht gehen.

Daher sollten wir stärker das dritte Verkehrsmittel fördern und das Radwegenetz verbessern. Das muss nicht teuer sein. An der Sternkreuzung und in der Seestraße haben wir kleine Schritte gemacht, anstatt wie sonst auf ein großes Projekt wie einen Radschnellweg und auf Fördermittel von Dritten zu warten. In Ludwigsburg ist durchaus der Platz vorhanden, um ohne große Umbaumaßnahmen den Radverkehr zu verbessern, wenn wir den Straßenraum neu verteilen. Ebenso wie die Grünen ist daher die SPD bereit, dem Fachbereich Mobilität die notwendigen Mittel bereitzustellen.

Das Stadtticket für 3 und 6 Euro, an dem die SPD lange Zeit gearbeitet hatte, war vor Corona ein großer Erfolg. Wir werden daher eine Erhöhung der Preise ablehnen und zur Finanzierung auch über höhere Einnahmen aus dem Bereich Individualverkehr sprechen.

Ein Wort zur Stadtbahn. Wir brauchen sie, um die Kapazitäten zu erhöhen und das Umland besser anzubinden. Die SPD steht zu einem Niederflurnetz für ganz Ludwigsburg. Neue, alte Ideen mitten in einer laufenden Planung sind nicht hilfreich. Wir können uns nicht vorstellen, eine Hochflurbahn durch Randbereiche wie die Königinallee und durch die Grüne Bettlade zu führen.

In der Innenstadt selbst beeinträchtigt der Autoverkehr die Lebens- und Aufenthaltsqualität. Die Umgestaltung des Arsenalplatzes ist eine erste Verbesserung. Hierzu beantragt die SPD ein Verkehrskonzept, um nach der Eröffnung der Regele-Tiefgarage und der Schließung der oberirdischen Stellplätze den Durchgangsverkehr in der Innenstadt deutlich zu verringern. Außerdem wollen wir

endlich erreichen, dass der Verkehr nicht mehr zusammenbricht, wenn an schönen Tagen das Blühende Barock überquillt oder verkaufsoffene Sonntage die Menschen anlocken. Wir beantragen daher Planungen für ein Shuttle-System mit P+R-Flächen auf bestehenden Plätzen am Stadtrand.

Wir werden die Herausforderungen der Zeit nach Corona, die hoffentlich bald kommt, meistern. Aber auch wenn wir in manchen Bereichen preiswerter als bislang arbeiten, ist uns klar, dass die finanzielle Lage der Stadt nach der Krise kritisch bleiben wird. Wir sind daher bereit, in der mittelfristigen Finanzplanung über die Stabilisierung der Einnahmen zu sprechen. Ob in der jetzigen Lage wirklich die Gewerbe- und Grundsteuer gesenkt werden sollten, erscheint zweifelhaft. Die Menschen haben gemerkt, wie wichtig ein stabiler Staat, eine funktionierende Infrastruktur und die kommunalen Leistungen, eben die Daseinsvorsorge, sind. Wir sind uns sicher, dass sie auch bereit sind, dafür angemessene Kosten zu tragen.

Mit diesem Schlusswort richten wir unseren herzlichen Dank an die Kämmerei für die frühzeitige und reibungslose Vorlage des Haushaltsentwurfs. Aber natürlich trotz allem unseren Dank kann die gesamte Stadtverwaltung für die gewiss nicht leichte Arbeit in den letzten Monaten.

Vielen Dank!